



Es gibt Alternativen

Seite 7

Inhalt

Öffnungszeiten & Kontakt

Seite 3
Ungerechte Rentenreform

Seite 4
Flexi-Jobs

Seite 5
Lohntransparenz

Seite 6
Planbüro bestätigt Alternativen

Seiten 7-11
Dossier: Es gibt Alternativen

Seite 12
Meldungen

Seite 13
Die Senioren leisten weiter Widerstand

Seite 14
IAO-Konferenz

Seite 15
Streikrecht bleibt ein Recht

Seite 16
Meldungen

Impressum

Anschrift der Redaktion:
CSC Info
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers
087/85 99 59
pressediens@acv-csc.be

Redaktion:
Claudine Legros Liliane Louges
Angela Mertes Jochen Mettlen
Mike Mettlen Maryline Weynand

Layout: Jessica Halmes

Druck:
Snel Grafics, Vottem

Herausgeber:
Confédération des Syndicats Chrétiens (CSC)

Veröffentlichung:
VoG Visie in beweging

Erscheinungsrhythmus:
Vierzehntäglich

ARBEITSLOSENDIENST 087/85 99 98

CSC Eupen

Sprechstunden: dienstags und donnerstags 8.30 - 11.45 Uhr
csc.chomage.eupen@acv-csc.be

CSC St.Vith

Sprechstunden: montags 8.30 - 11.45 Uhr
csc.chomage.stvith@acv-csc.be

JURISTISCHE ERSTBERATUNG

Für jede Frage bezüglich Arbeitsrecht (Kündigung, Vertrag, Urlaub,...) kontaktieren Sie unsere juristische Erstberatung **per Telefon oder Mail**

Montags bis donnerstags 8.30 - 12.30 Uhr und 13.30 - 16 Uhr
Freitags 8.30 - 12 Uhr

087/85 99 22 • csc.ostbelgien@acv-csc.be

JURISTISCHER BEISTAND

Für jeden juristischen Beistand oder für eine laufende Akte kontaktieren Sie unseren juristischen Dienst:

CSC Eupen

Sprechstunden: donnerstags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

CSC St. Vith

Sprechstunden: dienstags auf Termin
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

OFFENE SPRECHSTUNDE

CSC Eupen Montags 8.30 - 11.45 Uhr

GRENZGÄNGERDIENST LUXEMBURG

CSC St.Vith: dienstags auf Termin

087/85 99 33 • grenzganger.luxemburg@acv-csc.be

GRENZGÄNGERDIENST DEUTSCHLAND

CSC Eupen: auf Termin

087/85 99 49 • grenzganger.deutschland@acv-csc.be



www.diecsc.be



www.facebook.com/cscostbelgien

Ungerechte Rentenreform: die CSC zieht vor das Verfassungsgericht

Ende Mai hat das föderale Parlament die Rentenreform verabschiedet. Eine Reform, die weiterhin zutiefst ungerecht ist. Trotz monatelanger Konsultationen und Demonstrationen hält die Regierung an Entscheidungen fest, die alle benachteiligen werden, mit besonders tiefgreifenden Auswirkungen für Arbeitssuchende über 50 Jahre und Frauen. Auch für junge Menschen rückt die Aussicht auf ein würdiges Laufbahnende und eine angemessene Rente in weite Ferne.

In den vergangenen Monaten hat die CSC landesweit mehrere Kundgebungen durchgeführt. Diese Mobilisierung hat es uns ermöglicht, einige Anpassungen zu erreichen:

- › der Zeitkredit am Laufbahnende bleibt erhalten;
- › die Einführung des Renten-Malus wurde auf 2027 verschoben;
- › bestimmte Zeiträume, wie Krankheit und Mutterschaftsurlaub, bleiben der Arbeitszeit gleichgestellt;
- › begrenzte Korrekturen wurden vorgenommen (wie die fünf fiktiven Tage).

Diese Fortschritte zeigen, dass Mobilisierung Wirkung zeigt. Dennoch bleibt die Reform ungerecht. Der Zugang zur vorgezogenen Rente wird erheblich eingeschränkt und eine volle Rente wird für viele Menschen unerreichbar:

- › ein Berufsjahr zählt erst ab 156 tatsächlich gearbeiteten Tagen;
- › diese Norm wird rückwirkend auf die gesamte Laufbahn angewendet;
- › nur Personen mit 35 Berufsjahren und 7.020 Tagen entgehen dem Malus.

Diese Maßnahmen beruhen auf der Annahme, dass Menschen länger arbeiten können. Für Tausende von Beschäftigten ist das schlicht nicht machbar. Außerdem ist es für diejenigen, die bereits eine lange berufliche Laufbahn hinter sich haben, nicht mehr möglich, vergangene Entscheidungen zu ändern. Personen, die in höherem Alter arbeitslos werden, gesundheitliche Probleme haben oder keinen neuen Job finden, haben diese Wahl nicht. Und für die junge Generation schwindet jede Perspektive auf eine würdige Rente.

Auch für Teilzeitbeschäftigte, Personen mit Pflegeverantwortung im Haushalt oder mit fragmentierten Berufslaufbahnen ist diese Perspektive unrealistisch - Lebensrealitäten, die sehr häufig Frauen betreffen. Der Staatsrat hat bereits bestätigt, dass die Rentenreform zu Diskriminierungen führen wird. Das föderale Planbüro erwartet zudem eine Vergrößerung der Differenzen zwischen den Renten, steigende Ungleichheit und eine Zunahme der Armut.

Die CSC schaltet das Verfassungsgericht ein

Die CSC wird dieses Gesetz vor dem Verfassungsgericht anfechten. Dabei will sie grundlegende Fragen aufwerfen:

- › die Verletzung erworbener Rechte;
- › die Ungleichbehandlung zwischen Arbeitnehmern;
- › die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen.

Die CSC setzt ihren Kampf für eine Rentenreform fort, die:

- › den realen Berufsverläufen Rechnung trägt;
- › Frauen respektiert und unbezahlte Pflegearbeit anerkennt;
- › schutzbedürftige Arbeitnehmer schützt;
- › Rechtssicherheit gewährleistet.

„Unsere Botschaft ist klar“, erklärt CSC-Präsidentin Ann Vermorgen. „Das ist nicht die Reform, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdienen. Ein sozial gerechtes Rentensystem erkennt Pflegearbeit und die Kehrseiten des Lebens vollständig an, schützt vor Renten unterhalb des Existenzminimums und bietet klare und vorhersehbare Regeln. Es gibt genügend Alternativen, um den Haushalt auszugleichen. Renten sind keine einfache Stellschraube. Sie sind ein Grundpfeiler des sozialen Friedens, der Gesundheit und der Sicherheit der Beschäftigten.“



Immer mehr Arbeitgeber greifen auf Flexi-Jobs zurück

Die Tageszeitungen L'Echo und De Tijd berichteten Anfang Juni, dass letztes Jahr fast jedes achte Unternehmen Flexi-Jobber eingestellt hat, ohne feste Arbeitnehmer zu beschäftigen. Neue Daten des Landesamts für soziale Sicherheit (LSS/ONSS) zeigen: Innerhalb eines Jahres ist die Zahl dieser Arbeitgeber doppelt so schnell gestiegen wie die Gesamtzahl der Unternehmen, die Flexi-Jobs nutzen.

Auch die Daten der CSC bestätigen diesen Trend. Im Hotel- und Gaststättengewerbe (Horeca) zum Beispiel stammt der größte Teil des Beschäftigungswachstums von Flexi-Jobbern und Studierenden. Zudem stellen wir fest, dass immer mehr Rentner als Flexi-Jobber arbeiten. Inzwischen sind über 25 % der Flexi-Jobber pensioniert, und ihr Anteil wächst weiter – besonders seit das System auf alle Sektoren ausgeweitet wurde.

Einige Unternehmen arbeiten inzwischen fast ausschließlich mit Flexi-Jobbern. Diese Entwicklung ist beunruhigend und zeigt, dass die Arbeitsbedingungen unsicherer werden. Außerdem führt die starke Ausbreitung der Flexi-Jobs zu wichtigen Einnahmeverlusten für die soziale Sicherheit: Flexi-Jobber zahlen auf dieses Zusatzeinkommen weder Steuern noch Sozialabgaben. Die Arbeitgeber zahlen zwar einen Sonder-

beitrag von 28 %, sparen aber Geld, indem sie die Arbeitsstunden geringhalten.

Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) warnt schon länger: Wenn Flexi-Jobs weiter zunehmen, könnten sie nach und nach reguläre, stabile Arbeitsplätze ersetzen.

Die CSC weist außerdem darauf hin, dass das Risiko von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten ungleich verteilt ist. Menschen in unsicheren Jobs und mit kurzer Betriebszugehörigkeit sind stärker gefährdet. So haben Leiharbeiter zum Beispiel doppelt so viele Arbeitsunfälle wie andere Beschäftigte.

Das System der Flexi-Jobs muss dringend überdacht werden.

Die kürzlich veröffentlichten Zahlen zeigen klar: Flexi-Jobs sind längst

nicht mehr nur ein Nebenverdienst. In manchen Branchen ersetzen sie immer häufiger reguläre Stellen. Die CSC lehnt diese Entwicklung entschieden ab – sowohl zum Schutz der Arbeitsqualität als auch zur Sicherung der Finanzierung der sozialen Sicherheit.

Um die Einkommen der Bürger zu verbessern, braucht es andere Lösungen als die Ausweitung von Flexi-Jobs auf alle Sektoren. Es ist keine Lösung, zusätzliche Arbeit einfach billiger zu machen. Stattdessen sollten Arbeitnehmer ihre Vollzeitstelle bei ihrem eigenen Arbeitgeber behalten können. Sonst werden Arbeitskräfte in andere Branchen abgezogen, wo sie dringend gebraucht werden, und gleichzeitig verlieren andere Menschen Chancen auf diese Jobs.

Auch aus steuerlicher Sicht ist die Situation ungerecht: Festangestellte Arbeitnehmer tragen einen unverhältnismäßig großen Teil der Steuerlast. Dazu kommen Probleme wie hohe Arbeitsbelastung, Risiken für Gesundheit und Sicherheit sowie Schwierigkeiten, Beruf und Privatleben zu vereinbaren. Gleichzeitig werden Arbeitnehmer von öffentlichen Stellen ermutigt, mehrere Flexi-Jobs anzunehmen – oft bis zur Erschöpfung. Dadurch wird der Arbeitsmarkt geschwächt und dem Staat entgehen Einnahmen. Am Ende trägt die gesamte Gesellschaft die Kosten.

Deshalb wäre es sinnvoller, die Steuern auf Arbeit zu senken und stattdessen eine faire Beteiligung von Personen mit höherem Einkommen zu verlangen.



Lohntransparenz ist kein Detail

Belgien sollte die EU-Richtlinie zur Lohntransparenz noch diesen Monat in nationales Recht umsetzen, hat die EU-Kommission jedoch um sechs Monate Aufschub gebeten. Für die CSC-Frauen ist die Richtlinie ein Meilenstein für die gleichen Rechte zwischen Männern und Frauen. Aber die Arbeitgeberorganisationen wollen, dass sie auf Eis gelegt wird.

Beginnen wir mit den guten Nachrichten: Im Vergleich zum europäischen Durchschnitt schneidet Belgien relativ gut in Bezug auf die Lohnkluft zwischen den Geschlechtern ab. Dieses gute Ergebnis lässt sich dadurch erklären, dass die meisten Löhne durch Kollektivabkommen mit den Gewerkschaften festgelegt werden, die jegliche Diskriminierung verbieten.

Trotz dieses positiven Wertes besteht in unserem Land dennoch eine Lohnkluft. Nach Berechnungen des Instituts für die Gleichstellung von Frauen und Männern, einer unabhängigen öffentlichen Einrichtung, liegt der durchschnittliche Bruttojahreslohn von Frauen fast 3.500 Euro - also 7 % - unter dem der Männer. Diese Zahl berücksichtigt bereits eine Korrektur der Arbeitszeiten, da Frauen viel häufiger als Männer in Teilzeit arbeiten.



„Lohntransparenz ist der einzige Weg, um Lohngleichheit zu erreichen.“

AURORE DE KEYZER

Ohne diese Korrektur in Bezug auf die Arbeitszeit beträgt der Unterschied 19,5 %. *„Nur die Hälfte der Lohnkluft lässt sich durch ‚objektive Unterschiede‘ erklären, wie etwa der Sektor, in dem man arbeitet, die absolvierte Ausbildung, die Berufserfahrung und die Dienstzeit oder Kinder zu bekommen“*, erklärt Aurore De Keyzer, Verantwortliche der CSC-Frauen. *„Für die andere Hälfte der Kluft gibt es keine statistische Erklärung. Frauen verdienen weniger. Warum? Weil“*.

Ungleichheiten sichtbar machen

Die europäische Richtlinie basiert auf einem einfachen Prinzip: Um Ungleichheiten zu bekämpfen, müssen sie zunächst sichtbar gemacht werden. Deshalb haben Bewerber heute Anspruch auf klare Gehaltsinformationen bei der Einstellung, und die Arbeitnehmer wissen, wie hoch ihr Lohn und der ihrer Kollegen mit derselben Funktion ist. Unterschiede sind weiterhin möglich, aber der Arbeitgeber muss sie objektiv rechtfertigen können. Unternehmen müssen die Unterschiede auch in einem Bericht begründen.

Für die CSC ist Lohntransparenz ein logischer Schritt im Kampf für gleiche Bezahlung und anständige Arbeit. Belgien verfügt über die notwendigen Werkzeuge, die Erfahrung und das Konzertierungsmodell, um diese Aufgabe zu erfüllen. Was wir brauchen, ist der politische Mut, uns nicht von alarmistischen Äußerungen über den Verwaltungsaufwand beirren zu lassen. Wir müssen uns entschlossen für eine konsequente, kohärente und sozialverträgliche Umsetzung einsetzen.

Die Arbeitgeberorganisationen FEB und Voka wollen, dass die Richtlinie auf Eis gelegt wird: Sie befürchten, dass sie die Verwaltungsbelastung für Unternehmen erhöht und somit zu zusätzlichen Kosten führen wird. Die N-VA fordert eine Verschiebung der Umsetzung.

„Was im Gegenteil gebraucht wird, ist Entschlossenheit zugunsten einer starken, kohärenten und sozial unterstützten Umsetzung der Richtlinie. Lohngleichheit ist nichts, was man verordnen kann. Transparenz ist der einzige Weg, sie zu erreichen“, so Aurore De Keyzer.





Das Planbüro bestätigt: es gibt sehr wohl Alternativen

Das Planbüro hat der Föderalregierung einen Katalog mit 263 Maßnahmen vorgelegt, die Experten ausgearbeitet haben und die zur Erstellung des Haushaltes dienen sollen. Während einige davon erstaunlich genau der Position der CSC entsprechen, sorgen andere für große Bedenken.

Zu den Vorschlägen des Planbüros zählen mehrere Maßnahmen zur Senkung der öffentlichen Ausgaben, gegen die die CSC bereits erhebliche Bedenken geäußert hat: eine Senkung der Wachstumsrate der Gesundheitsausgaben, um diese stärker an das schwache Wirtschaftswachstum anzupassen, eine Erhöhung der Patientenbeteiligung, eine Stärkung der Maßnahmen zur Rückkehr in den Arbeitsmarkt, eine Senkung der Verwaltungsausgaben der öffentlichen Hand sowie ein zweijähriger Lohnstopp im öffentlichen Dienst.

Eine solche Maßnahme würde das verfügbare Einkommen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst weiter schmälern, die ohnehin schon mit einem zunehmenden Druck auf ihre Arbeitsbedingungen konfrontiert sind.

Der Bericht hebt auch deutlich vielversprechendere Ansätze auf der Einnahmenseite hervor. Diese stehen im Einklang mit jüngsten Feststellungen des Rechnungshofes, der einen schrittweisen Rückgang der Steuereinnahmen festgestellt hat. Die CSC begrüßt daher, dass mehrere Maßnahmen vorgeschlagen werden, die zusätzliche Einnahmen von mehr als 5 Milliarden Euro generieren könnten: die Globalisierung der Einkommen, ein höhe-

rer Beitrag von Vermögens- und Kapitaleinkünften, die Ausweitung der Steuerbemessungsgrundlage sowie die Überarbeitung bestimmter Steuersätze.

Das Planbüro erwähnt außerdem die Reduzierung oder sogar die Abschaffung bestimmter Steuervergünstigungen. Ein Ansatz, den die CSC seit langem unterstützt. Eine der vorgeschlagenen Maßnahmen besteht auch darin, die Indexdeckelung rückgängig zu machen, da sie zu geringeren Einnahmen aus Sozialbeiträgen und Einkommenssteuer führt. Darüber hinaus verdienen auf der Ausgabenseite mehrere sinnvolle Vorschläge Beachtung, wie beispielsweise die Abschaffung unnötiger Subventionen für Unternehmen.

„Angesichts dieser Erkenntnisse lässt sich immer weniger rechtfertigen, es gebe keine Alternative zur Sparpolitik“, erklärt Marie-Hélène Ska, Generalsekretärin der CSC. „Im Gegenteil: der Bericht des Planbüros zeigt, dass es möglich ist, erhebliche Haushaltsspielräume zu schaffen, ohne die Last auf die Arbeitnehmer, Bezieher von Sozialleistungen und den öffentlichen Dienst abzuwälzen.“

Statt eine Sparpolitik fortzusetzen, die den sozialen Zusammenhalt schwächt, sollte die Regierung gerechtere und ausgewogenere Einnahmen in Betracht ziehen, um die öffentlichen Finanzen wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Auch die CSC hat diese Übung durchgeführt. Lesen Sie dazu unser Dossier ab Seite 7.

Die Arizona-Regierung lässt Sie die Zeche zahlen, aber es gibt Alternativen!

Im Supermarkt kostet Ihr Einkaufswagen immer mehr. Die Energiepreise werden voraussichtlich wieder in die Höhe schnellen, und auch internationale Konflikte sind an der Zapfsäule zu spüren. Die Löhne bleiben eingefroren und die Indexierung steht unter Druck. Gleichzeitig müssen Sie länger und härter arbeiten... nur um weniger zu verdienen.

Es ist nicht überraschend, dass die Proteste auf den Straßen stattfinden, denn die Folgen dieser Maßnahmen werden immer konkreter. Viele Menschen werden bestraft: Frauen, ältere Arbeitnehmer, Teilzeitbeschäftigte, arbeitslose nahestehende Hilfspersonen, Langzeitkranke, Rentner, aber auch Nachtarbeiter, Beamte, Lehrer, Menschen, die zu sogenannten „freiwilligen“ Überstunden gezwungen werden oder junge Menschen, die später mit niedrigeren Renten auskommen müssen.

Unter dem gemeinsamen Druck der Gewerkschaften haben wir bereits wichtige Anpassungen erreicht:

- › Aufrechterhaltung des Zeitkredits am Laufbahnende.

- › Gleichstellung von Krankheit, Mutterschaftsurlaub, Vaterschaftsurlaub, vorübergehende Arbeitslosigkeit und Militärdienst für den vorzeitigen Ruhestand.
- › Verschiebung des Pensions-Malus bis 2027.
- › Gleichstellung von Krankheitszeiten.

Basierend auf den Berechnungen des föderalen Planbüros und des Rechnungshofes sowie der Kritik des Staatsrats und der Vorbehalte des Verfassungsgerichts setzen wir unsere Mobilisierung gegen die ungerechten Maßnahmen der Regierung De Wever fort.

Infos+
www.dieesc.be/alternativen



Charlie, alleinerziehende Mutter von zwei Teenagern, Axel und Vic.

„Haben wir denn die stärksten Schultern?“

„Ich habe zwei Teenager-Jungs, aber die essen wie vier“, sagt Charlie, die bei Daikin, einem Hersteller von Wärmepumpen, arbeitet. „Das merkt man schnell, wenn der Einkaufswagen teurer wird. Zusätzlich gibt es Ferienlager- oder Fußballvereinsgebühren, alles Ausgaben, die die Regierung durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 6 % auf 12 % erhöht. Und wenn der Erdgaspreis steigt, haben wir kein zweites Einkommen, das das ausgleicht.“

Arizona greift unsere Löhne an!

- › Während die Lebenshaltungskosten in die Höhe schießen, hält die Arizona-Regierung eine Lohn-Zwangsjacke aufrecht, die Realloohnerhöhungen verhindert.
- › Das Gesetz über die Lohnnorm wirkt wie eine Bremse, indem es jede reale Lohnerhöhung blockiert, selbst wenn Unternehmen Gewinne erzielen. Während Arbeiter Wohlstand schaffen, nimmt ihr Anteil am Kuchen ab, während der des Kapitals steigt.
- › Gehälter zu sperren bedeutet eine Schwächung des verfügbaren Einkommens, insbesondere für alleinerziehende Eltern.

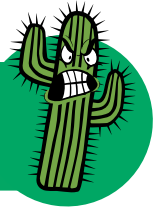




Yana (52), alleinerziehende Mutter, kümmert sich um ihren schwer behinderten Sohn Dimitri.

„761 Euro im Monat sind gerade genug, um unter einer Brücke zu leben.“

„Ich bin alleinerziehende Mutter. Da ich mich um Dimitri kümmere, kann ich nicht arbeiten. Ich habe mein Arbeitslosengeld verloren und als nahestehende Hilfsperson bekomme ich nur 716 Euro im Monat... Dimitri ist ein großartiges Kind. Er ist mehr als seine Behinderung. Es ist, als ob wir in den Augen dieser Regierung nicht existieren. Ich kann nicht mehr schlafen, ich habe Panikattacken. Im Moment bin ich im Ungewissen, und das lastet schwer auf mir. Ich habe mich nicht entschieden, ein schwer behindertes Kind zu bekommen. So ist das Leben, das kann jedem passieren, sogar einem Minister.“



Arizona greift nahestehende Hilfspersonen an!

- › Die Vorschriften, die für arbeitslose nahestehende Hilfspersonen gelten, sind auf ein Jahr begrenzt, während viele Betreuungssituationen dauerhaft sind. Zum Beispiel schwere Behinderungen oder bestimmte beeinträchtigende Krankheiten. Außerdem ist der Betrag zu niedrig und bietet keinen ausreichenden Schutz vor Armut, insbesondere für alleinstehende Hilfspersonen. Dabei handelt es sich oft um alleinerziehende Mütter, die auf die Mindestzulage angewiesen sind, die einem arbeitslosen Mitbewohner gezahlt wird.

Lieber Leser,

die Arizona-Politik schadet weiterhin den Interessen gewöhnlicher Bürger: Jung und Alt, Arbeiter, Rentner, Kranke oder Arbeitssuchende. Die Bürger werden zur Kasse gebeten, während der Premierminister versucht, bis 2029 weitere 7 Milliarden Euro einzusparen, um die europäischen Haushaltsvorgaben einzuhalten. Ohne eine Kursänderung wird das belgische Haushaltsdefizit weiter wachsen. Das Problem ist, dass es die Regierung selbst ist, die dieses Defizit verursacht. Die Regierung De Wever ist somit der Ursprung des Haushaltsproblems.

Durch die Reduzierung der Beiträge und die Gewährung von Steuervorteilen an Unternehmen verliert die öffentliche Staatskasse Jahr für Jahr Einnahmen. Unsere Sozialausgaben liegen unter dem Durchschnitt der Nachbarländer. Es sind

tatsächlich politische Entscheidungen, die die Einnahmen schwächen.

Anstatt die Last ausschließlich auf die Arbeitnehmer und die Verwundbarsten abzuwälzen, um diese Lücken zu schließen, muss die Regierung faire Einnahmen finden, um den Haushalt auszugleichen.

Deshalb schlägt die CSC Alternativen vor, um diesen Trend umzukehren.



Ann Vermorgen, CSC-Präsidentin



Marie-Hélène Ska, CSC-Generalsekretärin

Tine (60 Jahre alt, Name geändert) hatte drei Krebserkrankungen.

„Beim letzten Mal haben die Ärzte die Hälfte meiner Lunge entfernt. Ich kann nicht mehr Vollzeit arbeiten.“

„Ich hatte drei Krebserkrankungen. Jedes Mal musste ich eine Rehabilitationsphase durchlaufen, weitermachen und meine Kinder großziehen. Die Arbeit gab mir einen Platz in der Gesellschaft. Aber das System ist starr und restriktiv und schränkt die Möglichkeit stark ein, arbeiten zu gehen und Entschädigungen zu erhalten. Die Gesetzgebung ist komplex und umfasst viele Verwaltungsverfahren. Das System sollte uns aber eigentlich helfen! Es empört mich zu hören, dass Langzeitkranke ‚aktiviert‘ werden müssen. Als wären wir nicht krank. Ich möchte arbeiten, und ich kann es tun, wenn meine Arbeitsbedingungen angepasst werden. Zum Beispiel über kurze Zeiträume. Mein Körper erlaubt mir nicht mehr.“



Arizona greift die Kranken an!



- › Die Regierung De Wever hat beschlossen, die Regeln für Langzeitkranke zu verschärfen. Sie können schneller, ohne Entschädigung oder Kündigungsfrist entlassen werden, und sind härteren Strafen ausgesetzt, wenn sie nicht zu einem Termin erscheinen. Diese Maßnahmen werden wahrscheinlich die Zahl der Langzeitkranken erhöhen.

Kelly (43) verrichtet Nachtschichten bei Delhaize.

„In Zukunft werden die neuen Kollegen weniger Prämien erhalten.“

„Nachtarbeit ist sowohl körperlich als auch geistig sehr anstrengend. Sie hat auch einen erheblichen Einfluss auf das Familienleben. Wenn ich diesen Job wähle, dann vor allem wegen der Bezahlung. Ich verdiene etwa 500 Euro an Nachtprämien pro Monat, was einen echten Unterschied macht. Meine zukünftigen Kollegen werden weniger Prämien erhalten, und das wird zweifellos zu Spannungen führen. Das ist keine gesunde Arbeitssituation.“

Arizona greift unsere Arbeitszeit an und ebnet den Weg für billige Nachtarbeit sowie kostengünstigere Überstunden.



- › Die Lockerung der Nachtarbeit führt zu erheblichen Einkommensverlusten, verringert den sozialen Schutz und kann der Gesundheit schaden.
- › Zusätzlich zur Reform der Nachtarbeit beabsichtigt die Regierung auch, die Anzahl der „freiwilligen“ Überstunden zu erhöhen, wodurch jegliche Bremsen für späte und verlängerte Arbeitszeiten beseitigt werden, was Gesundheit und Work-Life-Balance beeinträchtigt.

Berechnen Sie Ihren Jahresverlust, falls Ihr Arbeitgeber entscheidet, Sie nach dem „freiwilligen Überstunden“-System zu bezahlen.
www.diecsc.be/rechner-überstunden





„Wie soll ich mehr arbeiten, wenn ich mich auch mehr um meine Kinder kümmern muss?“

„Ich habe immer zumindest Teilzeit gearbeitet und mehr, wenn möglich. Ich habe mein Bestes gegeben, um beruflich aktiv zu bleiben. Auch wenn es oft sehr schwierig war, beides zu vereinbaren. Einerseits fordert die Regierung uns auf, länger zu arbeiten. Andererseits erwartet sie, dass wir immer mehr Verantwortung für die Fürsorge für andere übernehmen. Mit dem Rentenmalus habe ich das Gefühl, dass ich dafür bestraft werde.“

Arizona geht gegen Frauen und Teilzeitbeschäftigte vor!



- › Um eine volle Rente zu erhalten, müssen Sie nun mindestens 35 Berufsjahre und 7.020 Arbeitstage aufweisen. Menschen, die diese Schwellenwerte nicht erfüllen, werden bestraft.
- › Ab 2027 wird die Rente pro Jahr vorzeitiger Rente im Vergleich zum gesetzlichen Pensionsalter (derzeit 66 Jahre, ab 2030 67 Jahre) um 2 % reduziert. Im Jahr 2030 wird diese Strafe auf 4 % steigen und ab 2040 sogar 5 % erreichen.



Solange (59) verbindet ihre Arbeit mit der Betreuung ihrer beiden behinderten erwachsenen Kinder.

Angesichts ihrer Schwierigkeiten, unsere Alternativen

Charlie, Roger, Andrea, Yana, Solange, Tine, Kelly sind die Hauptopfer der „Tina“ oder „There is no alternative - Es gibt keine Alternativen“ der Regierung. Den Bürgern wird immer wieder gesagt, dass die Maßnahmen, die sie treffen, schmerzhaft, aber notwendig seien und dass jeder sich anstrengen müsse. Aber es muss klar gesagt werden: Diese Tina ist weder neutral, noch notwendig, noch gerecht. Die heutige Politik trifft immer dieselbe Entscheidung: Diejenigen, die von ihrer Arbeit leben, ihr ganzes Leben lang gearbeitet haben, auf ein Taschengeld angewiesen sind, um sich um ihre Liebsten zu kümmern oder einfach nur würdevoll zu leben, sollen die Rechnung bezahlen.

Die Arizona-Regierung baut systematisch unseren sozialen Schutz ab. Man muss länger und flexibler arbeiten, um weniger Rente und weniger verfügbares Einkommen zu haben. Löhne sind eingefroren, Prämien verschwinden, die Mehrwertsteuer steigt und Indexierungen werden angegriffen. Langzeitkranke Menschen werden belästigt und ins Visier genommen.

Kurz gesagt: Egal, ob Sie Angestellter, leitender Angestellter, Arbeiter, Mitarbeiter im öffentlichen Dienst sind, auf Arbeitsuche oder kurz vor der Pensionierung stehen - auch Sie werden die Auswirkungen der Arizona-Sparmaßnahmen spüren: Sie werden in den kommenden Jahren einen Einkommensrückgang erleiden. Unterdessen wachsen die Gewinne von Arbeitgebern und Unternehmen Jahr für Jahr weiter!

Es muss nicht so sein. Das muss sich ändern. Glaubwürdige Alternativen zum Haushaltsausgleich existieren: Die CSC wird weiterhin faire und solidarische Alternativen verteidigen.

Ein Budget, in dem Sie zählen!

Die Regierung lässt gerne verlauten, dass es keine andere Lösung gibt: „Vor allem die Ausgaben für die Sozialversicherung sind das Problem.“ Aber die Fakten zeigen eine ganz andere Realität. Unsere Wirtschaft läuft in einem vernünftigen Tempo, die Gewinne sind hoch, und es gibt Alternativen, um den Haushalt auszugleichen. Hier sind einige davon.

Keine unnötigen Subventionen > 4,81 Milliarden Euro

Zum Beispiel würde die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für die Ersteinstellung keine Arbeitsplätze schaffen. Die Abschaffung dieser Maßnahme würde 620 Millionen Euro einbringen! Die für den Diesel der Transportunternehmen (einschließlich ausländischen) gewährten Subventionen würden 500 Millionen Euro betragen - von den 16 Milliarden Euro belgischer Subventionen für fossile Brennstoffe. Wir könnten diese Budgets nutzen, um die Lkw-Flotte umweltfreundlicher zu gestalten.

Ein weiteres Beispiel betrifft den Steuerabzug für Innovationseinkünfte. Diese kostspielige Maßnahme ermutigt Unternehmen nicht, mehr in Forschung und Entwicklung zu investieren: Er ermöglicht es ihnen, von Steuerabzügen für bereits realisierte Innovationen zu profitieren. Eine Begrenzung dieser Maßnahme würde 1 Milliarde Euro einbringen.

Faire Beiträge. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit > 1,83 Milliarden Euro

Reduzierte Beiträge für Flexijobs oder Studentenjobs sind ein vergiftetes Geschenk. Wir haben den Eindruck, dass wir heute mehr verdienen, aber wir tragen weniger zu unserer Rente, dem Zugang zu Arbeitslosigkeit und öffentlichen Dienstleistungen im Allgemeinen bei. Normale Beiträge für Flexijobs würden 380 Millionen Euro einbringen, und die für Studentenjobs 750 Millionen Euro.

Selbstständige hingegen zahlen weniger Sozialversicherungsbeiträge als Arbeitnehmer, während ihre Mindestrente heute gleichwertig ist. Die Angleichung ihrer Beiträge an die der Arbeitnehmer würde es ermöglichen, 700 Millionen Euro einzunehmen.

Ein Euro ist ein Euro! Ende der Steuermanipulation > 15,182 Milliarden Euro

Zum Beispiel kaufen einige Unternehmen ihre eigenen Aktien zurück. Diese Praxis erhöht den Wert der Aktien und ermöglicht es, Aktionäre zu belohnen, oft mit steuerlich vorteilhaften Bedingungen. Die Arbeitnehmer hingegen erhalten nicht ihren Anteil am von ihnen geschaffenen Mehrwert. Ein fairer Beitrag zum Rückkauf der eigenen Aktien würde 1 Milliarde Euro einbringen.

Ein weiteres Beispiel für Steuermanipulation ist die Vergütung von Arbeitnehmern (oft leitenden Führungskräften) im Bereich Aktienoptionen. Diese „Zahlungen“ profitieren von einem sozialen System, das vorteilhafter ist als ein Gehalt. Die Reform der Besteuerung von Aktienoptionen würde es ermöglichen, 756 Millionen Euro zurückzugewinnen.

Schließlich ermöglicht die Gründung von Managementgesellschaften einigen, weniger Steuern und Beiträge zu zahlen, indem sie einfach ihren Status ändern, während sie die gleiche Arbeit wie die Mitarbeiter verrichten.

Diese ungerechtfertigten Vorteile zu beenden bedeutet, versteckte Steuerhinterziehung zu stoppen und sicherzustellen, dass alle fair zu Sozialversicherung und öffentlichen Dienstleistungen beitragen. Ein Kampf gegen dieses System würde 526 Millionen Euro einbringen.

Besserer Kampf gegen Betrug und Entwicklung interner Expertise innerhalb der öffentlichen Behörden

Durch die Verringerung der Mehrwertsteuerlücke - also die Einnahmen, die der Staat durch Mehrwertsteuerbetrug verloren hat - auf das Niveau des europäischen Durchschnitts wäre es möglich, 1,6 Milliarden Euro zurückzugewinnen.

Eine geringere Abhängigkeit von externer Beratung und die Stärkung der internen Expertise würden 200 Millionen Euro einsparen.

Ein erster Schritt zur Einführung einer Steuer für große Unternehmen, die unsere digitale Infrastruktur nutzen, wird auf 1 Milliarde Euro geschätzt - und das ist eine vorsichtige Schätzung.

Petition zur fairen Besteuerung

In Belgien gilt: Je höher das Einkommen, desto weniger zahlt man (proportional) ein. Die reichsten 1 % tragen 23 % ihres Einkommens zum Staatshaushalt bei, verglichen mit 43 % des Einkommens der einfachen Bürger. Heute sorgt Arizona weiterhin dafür, dass diejenigen, die unser Land durch ihre Arbeit, ihre Zeit und die Fürsorge, die sie anderen geben, die Rechnung bezahlen. Dennoch schlagen Gewerkschaften und viele Experten Alternativen für eine gerechtere Besteuerung vor, bei denen alle nach ihren Mitteln an der Finanzierung des Staates teilnehmen.

Wir haben eine Petition gestartet, um unsere Alternativen ins Parlament zu bringen. Unterschreiben Sie die Petition und geben Sie unseren Vorschlägen für eine gerechtere Besteuerung Gewicht!





14/06: Friedensdemo in Brüssel

Die Plattform „Stopp Militarisierung“, bei der die CSC Mitunterzeichnerin ist, lehnt die verantwortungslose Militarisierung unserer Gesellschaft ab. Die Pläne der EU, zusätzlich 800 Milliarden Euro für Rüstung auszugeben, könnten dazu führen, dass diese Mittel von Sozialpolitik, Gesundheitsversorgung, Bildung, menschenwürdiger Arbeit, Friedensarbeit, internationaler Zusammenarbeit, Energiewende und Klimagerechtigkeit abgezogen werden.

Dieselbe Logik zeigt sich in Belgien, wo Sparmaßnahmen auf dem Rücken der Bürger als notwendig dargestellt werden, während zusätzliche Militärausgaben kaum hinterfragt werden. Fordern wir gemeinsam Investitionen in Menschen - nicht in den Krieg - und setzen uns für ein Europa des Friedens und der Solidarität ein.

Treffpunkt: 14. Juni, um 14 Uhr am Nord-Bahnhof in Brüssel

16/06: Demo in Namur

Die Gewerkschaften CSC und FGTB und die Zivilgesellschaft demonstrieren am 16. Juni in Namur gegen die Politik der wallonischen Regierung: die Last der Haushaltseinsparungen darf nicht auf den Schultern der Arbeitnehmer und Sozialhilfeempfänger abgelegt werden. Seit Beginn der Legislaturperiode treffen die Kürzungen diejenigen hart, die unsere Gesellschaft täglich am Laufen halten: Beschäftigte im öffentlichen und privaten Sektor, Lehrer, Haushaltshilfen, Familienhelfer, Kinderbetreuer, der Gesundheits- und Sozialsektor sowie so viele andere Akteure der Zivilgesellschaft im Dienst der Gemeinschaft. Die brutale Politik der wallonischen Regierung destabilisiert den sozio-professionellen Sektor und schwächt die Verbände zur Unterstützung von Familien in Not, leidende junge Menschen und Frauen, die Opfer von Gewalt sind, und führt zu noch mehr Prekarität.

Treffpunkt: 16. Juni, um 10.30 Uhr am Bahnhof von Namur

Indexdeckel schadet Bürgern und Staatshaushalt

Ende Mai wurde das Programmgesetz in der Abgeordnetenversammlung verabschiedet. Damit wird neben einer ganzen Reihe weiterer Maßnahmen auch der sehr umstrittene Indexdeckel angenommen.

Die Sozialpartner betonen seit mehreren Wochen, dass ihre Alternative sowohl haushaltsfreundlicher als auch sozial gerechter sei. Berechnungen des Planbüros belegen bereits, dass sie haushaltsneutral ist. Eine Analyse des Zentralen Wirtschaftsrates deutet sogar darauf hin, dass diese Alternative der Föderalregierung zusätzliche Einnahmen in Höhe von 100 bis 133 Millionen Euro pro Jahr einbringen könnte. Ein Betrag, der auch zur Anpassung der Zulagen und Gehälter im öffentlichen Dienst verwendet werden könnte.

Die CSC macht keinen Hehl aus ihrer Unzufriedenheit über eine politische Entscheidung, die das Bedürfnis der Arbeitnehmer - einschließlich der Beamten - nach Sicherheit in Zeiten wirtschaftlicher Instabilität ignoriert.

Diese Haltung ist unverständlich, bedauert die Generalsekretärin der CSC, Marie-Hélène Ska: *„Die Zahlen zeigen eindeutig, dass unser Vorschlag sowohl für die öffentlichen Einnahmen als auch für die Kaufkraft der Arbeitnehmer vorteilhafter ist. Er garantiert die Stabilität der Indexierung für alle, auch im öffentlichen Dienst und für die Sozialleistungen. Dank dieser Einigung der Sozialpartner behalten niedrige Einkommen zudem den für sie unverzichtbaren Sozialtarif für Energie. Es handelt sich um ein Thema, das wir bei der CSC stets mit Nachdruck verteidigt haben, damit Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen, Personen mit geringer Pension und Sozialleistungsempfänger weiterhin den notwendigen Schutz genießen. Dennoch weigern sich einige Parteien nach wie vor, diese Realität anzuerkennen.“*

Die Regierung begeht einen schwerwiegenden Fehler, indem sie die Einigung der Sozialpartner sowie deren Praxiserfahrung beiseiteschiebt.

„Mit dem Indexdeckel werden sich die Lebensbedingungen vieler Arbeitnehmer und Rentner verschlechtern. Und in zahlreichen Sektoren droht ein großes Durcheinander. Es wird behauptet, nur die Hälfte der Bevölkerung sei betroffen, doch das stimmt nicht. Da die Maßnahme auch die Höhe der Entschädigungen und der Lohnsätze beeinflusst, wird sie letztlich viel mehr Menschen treffen. Wir laufen Gefahr, die Folgen noch lange zu spüren“, so Marie-Hélène Ska abschließend.



Die Senioren leisten weiter Widerstand

Die Senioren der CSC haben sich im Rahmen ihrer Frühjahrsuniversität getroffen, um ihre Überlegungen zur sozialen Sicherheit auszutauschen. Françoise Wibrin, ihre Präsidentin, beschreibt die Forderungen, die sie antreiben.

Warum haben Sie das Thema soziale Sicherheit gewählt?

Die soziale Sicherheit war der rote Faden des Sozialjahres. Bei der Mitgliederversammlung wurde der historische Rahmen der sozialen Sicherheit vorgestellt. Anschließend hat sich jeder Bezirksverband an einem ersten Tag mit diesem Thema befasst, um es sich wieder anzueignen (Funktionsweise, verschiedene Zweige, Finanzierung) und Überlegungen sowie Ansätze zu entwickeln, um auf die aktuellen Bedrohungen und zukünftigen Herausforderungen zu reagieren. Der zweite Tag diente unter anderem dazu, die Zusammenfassung der Arbeiten zu präsentieren.

Was sind die wichtigsten Erkenntnisse aus diesen Tagen?

Die meisten Senioren sehen sich als „Widerständler“, mit dem echten Willen zu handeln. Unsere Forderungen zielen in erster Linie auf

eine bessere Finanzierung der sozialen Sicherheit und eine gerechtere Verteilung der Steuerlast ab. Wir stellen fest, dass die im Rahmen der Rentenreform geplanten Anstrengungen viel zu stark auf Arbeitnehmer und Beamte abgewälzt werden. Die Besteuerung muss neu ausbalanciert werden, da nicht alle gleichermaßen betroffen sind.

Wir wünschen uns auch, dass das von der Arizona-Regierung abgeschaffte Wohlstandsbudget wieder eingeführt wird. Dieses Budget, das von den Sozialpartnern verwaltet wurde, ermöglichte insbesondere die Verbesserung der niedrigsten Renten und Sozialleistungen.

Außerdem fordern wir, dass Personen - oft Frauen -, die keine vollständigen Beitragsjahre für ihre Rente erwerben konnten, weil sie sich um Kinder oder Angehörige kümmern mussten, nicht benachteiligt werden. Wir achten besonders auf die wachsenden Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern, die durch die Arizona-Maßnahmen verstärkt werden. Diese Personen sollen nicht bestraft werden, weil sie keine vollständige Berufslaufbahn haben.

Ist es schwieriger geworden, Senior zu sein, seit es die Arizona-Politik gibt?

Die Nichtindexierung von Leistungen über 2.000 Euro brutto wird viele Rentner und Sozialleistungsempfänger treffen. Das ist eine



ungerechte Maßnahme einer Regierung, die die tatsächlichen Bedürfnisse der Bürger offenbar nicht versteht.

Unter unseren Militanten gibt es Rentner mit kleinen Pensionen, die sich insbesondere Sorgen über den Zugang zu Wohnraum und/oder zur Gesundheitsversorgung machen. Ganz allgemein fordern wir eine angemessene Rente - für die heutigen Rentner, für diejenigen, die bald in Rente gehen, und für die nachfolgende Generation.

Uns ist diese generationenübergreifende Perspektive wichtig, damit wir keine Maßnahmen fordern, die uns selbst begünstigen, aber den Jüngeren schaden würden, die durch die aktuellen Maßnahmen ohnehin schon benachteiligt werden.

Welche Mittel haben Sie, um Gehör zu finden?

Wir überlegen natürlich, wie und wo wir unsere Forderungen einbringen können. Kürzlich haben wir beispielsweise allen Parlamentariern und Mitgliedern der Regierung einen Brief geschickt, um unsere Sorgen und Erwartungen angesichts der zunehmenden Prekarität infolge der Rentenreform zum Ausdruck zu bringen.

Außerdem beteiligen wir uns an regionalen Aktionen und nationalen Demonstrationen. Für die Kundgebung vom 12. Mai haben wir die Petition zu den Pensionen angepasst, die bereits bei der Demo vom 14. Oktober auf großen Zuspruch gestoßen war.



Plattformarbeit ein zentrales Thema der IAO-Konferenz

Ein neues Abkommen bezüglich Plattformarbeit, die Gleichstellung der Geschlechter, der Sozialdialog und die Arbeit des Ausschusses für die Anwendung der Normen: das waren die zentralen Themen der 114. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf.



Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO), die älteste und einzige dreigliedrige Organisation der Vereinten Nationen, veranstaltet diese Konferenz jedes Jahr. Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgeber aus nicht weniger als 187 Ländern kommen zusammen, um Vereinbarungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen abzuschließen.

Die CSC ist stolz darauf, mit einer großen Delegation teilnehmen zu können: *„Es ist entscheidend, hier zu verhandeln, um unser Sozialmodell zu bewahren, internationale Normen zu beeinflussen und fairere Wettbewerbsbedingungen für Arbeitnehmer weltweit zu schaffen. Je ambitionierter die internationalen Normen sind, desto geringer ist das Risiko eines Wettlaufs nach unten und desto besser schützen wir belgische Arbeitnehmer und ihre Arbeitsplätze“*, betont CSC-Präsidentin Ann Vermorgen, die in Genf auch als Sprecherin der Arbeitnehmer im Ausschuss für die Anwendung der Normen auftrat.

Digitale Plattformen

Eine erste Diskussion befasste sich mit digitalen Plattformen. In allen Ländern der Welt stellen Plattform-

arbeiter eine wachsende Gruppe dar, ohne klaren Status und mit eingeschränktem oder gar keinem Zugang zu sozialen Rechten. Zudem wenden Plattformen häufig wenig transparente Arbeitsmethoden und -bedingungen an.

Im Mittelpunkt der Debatten stand ein neues Abkommen bezüglich Plattformarbeit, um einen entscheidenden Fortschritt im Kampf gegen Scheinselbstständigkeit und gegen algorithmisches Management zu erreichen sowie einen garantierten sozialen Schutz in diesen neuen Arbeitsformen.

Geschlechtergleichstellung

Frauen verdienen weiterhin weniger, arbeiten häufiger in unterbewerteten Sektoren, übernehmen einen deutlich größeren Anteil an Hausarbeitsarbeit und haben geringere Aufstiegschancen als ihre männlichen Kollegen. Sie sind außerdem stärker psychosozialen Risiken und Muskel-Skelett-Erkrankungen ausgesetzt und häufiger von Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz betroffen.

Diese zweite Diskussion zielte darauf ab, ein Transformationsprogramm festzulegen. Sechs Säulen - Lohn-gleichheit, bezahlter Pflegeurlaub, Beschäftigung und lebenslanges Ler-

nen, Investitionen in Pflege, Bildung und Gesundheit, gleichberechtigter Zugang zum Arbeitsmarkt sowie Prävention von Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz - sollen die Gleichstellung der Geschlechter in der Arbeitswelt beschleunigen.

Das Thema Sozialdialog wurde im Rahmen dieser ständigen Diskussion ebenfalls behandelt. Weltweit beobachten wir einen Rückgang der Gewerkschaftsrechte und der kollektiven Verhandlungen - zum Nachteil der Arbeitnehmer.

Ausschuss für die Anwendung der Normen

Jedes Jahr müssen Länder Rechenschaft ablegen, die gegen IAO-Konventionen oder grundlegende Arbeitsnormen verstoßen haben. In ihrer Rolle als Sprecherin der Arbeitnehmer leitete Ann Vermorgen die Delegation und verhandelte im Namen der Gewerkschaften.

In diesem Jahr umfasste die Liste 23 Länder, darunter drei mit besonderer Dringlichkeit: Eritrea, das seine Bevölkerung zu Zwangsarbeit verpflichtet, Mali, wo Kinder für den Goldabbau, den Drogenhandel und als bewaffnete Kräfte in Konflikten ausgenutzt werden sowie Russland wegen Verletzungen der Gewerkschaftsfreiheit und des Rechts, einer Gewerkschaft beizutreten. Weitere Fälle wurden in Ländern wie Argentinien, Panama und Nigeria untersucht. Mehrere dieser Staaten erscheinen auch im jährlichen Index des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) unter den Ländern, in denen sich die Rechte der Arbeitnehmer und die Gewerkschaftsfreiheiten im vergangenen Jahr erheblich verschlechtert haben. Der Ausschuss befasste sich außerdem in einer Sondersitzung mit den Ländern Myanmar und Belarus.

Bei Redaktionsschluss lagen uns die einzelnen Ergebnisse der 114. IAO-Konferenz noch nicht vor. Wir werden in einer späteren Ausgabe darüber berichten.

Der Internationale Gerichtshof bestätigt das Streikrecht

Das Streikrecht ist und bleibt ein Recht. Das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs ist ein historischer Sieg für den Internationalen Gewerkschaftsbund und alle Arbeitnehmer.

Der Internationale Gerichtshof im niederländischen Den Haag hat bestätigt, dass das Streikrecht ein Recht ist und bleibt, das unter das Abkommen Nr. 87 der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts fällt. Das Gutachten des internationalen Gerichtshofs ist ein historischer Sieg für den Internationalen Gewerkschaftsbund. Die CSC begrüßt dieses Urteil.

Weltweit wird das Streikrecht zuneh-

mend unter Druck gesetzt. Dies ist auch in unserem Land der Fall, wo einige politische Parteien versuchen, es in Frage zu stellen. Deshalb ist die Stellungnahme des Internationalen Gerichtshofs nicht nur für Arbeitnehmer und Gewerkschaften von Bedeutung, sondern auch für öffentliche Behörden und Unternehmen. Eine klare rechtliche Grundlage in einem so zentralen Bereich des internationalen Arbeitsrechts ist unerlässlich für das reibungslose Funktionieren des sozialen Dialogs.

„Die Bedeutung dieses Urteils kann kaum überschätzt werden. Das Streikrecht bleibt ein wesentliches Instrument. Es ermöglicht den Arbeitnehmern, ihre Interessen zu verteidigen, menschenwürdige Arbeit einzufordern und zu demokratischen Gesellschaften beizutragen“, erklärt Ann Vermorgen, Präsidentin der CSC. „Arbeitnehmer, denen das Streikrecht fehlt, würden sehr

schnell einen großen Teil ihrer Rechte und ihres sozialen Schutzes verlieren, da sie keinerlei Mittel mehr hätten, sich zu verteidigen. In einer globalen Situation, in der die Unterdrückung von Gewerkschaften und Arbeitnehmerrechten an vielen Orten zunimmt, ist dies ein starkes und hoffnungsvolles Signal.“

Die CSC begrüßt daher das Urteil des Internationalen Gerichtshofs. Es bestätigt, dass die Kontrollorgane der Internationalen Arbeitsorganisation - insbesondere der Ausschuss für die Anwendung der Normen - weiterhin befugt sind, die Anwendung des Streikrechts zu überwachen. Es ist von grundlegender Bedeutung, dass die Einhaltung des Streikrechts in den Mitgliedstaaten weiterhin unter der Aufsicht dieser Kontrollorgane der IAO steht.



Baustellentag: ein privilegierter Moment des Austausches

Wie jedes Jahr bot der Baustellentag der CSC Bau-Industrie & Energie (CSCBIE) die Gelegenheit, den Fokus noch stärker auf das Wohlbefinden, die Sicherheit und die Rechte der Bauarbeiter zu legen.

Landesweit besuchten am 3. Juni mehr als 1.000 Militanten und Mitarbeiter der CSCBIE über 2.000 Baustellen, auch in der Provinz Lüttich, und trafen dabei rund 15.000 Bauarbeiter. Jeder Besuch stellt einen wichtigen Moment des Austauschs dar, geprägt von Zuhören, Informieren und Begleiten.

„Wir informieren die Arbeitnehmer über ihre Rechte, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie über die Dienstleistungen, die wir anbieten. Es ist wichtig, dass jeder weiß, worauf er Anspruch hat und an wen er

sich bei Bedarf wenden kann“, erklärt Pierre Cuppens, Generalsekretär der CSCBIE.

„In diesem Jahr haben wir besonders auf die Auswirkungen der Maßnahmen der Arizona-Regierung auf unseren Sektor geachtet“, ergänzt Patrick Vandenberghe, Präsident der CSCBIE.

Barometer der Lage vor Ort

Dieser Tag dient außerdem als Barometer für die Situation vor Ort. Er ermöglicht es der CSCBIE, die aktuellen Anliegen und Sorgen der Arbeitnehmer besser zu erfassen und ihre gewerkschaftlichen Aktionen entsprechend an die Realität anzupassen.

Ein weiteres zentrales Ziel ist die Sensibilisierung für Gesundheit und Sicherheit, insbesondere im Hinblick auf die Risiken der UV-Strahlen, die noch immer zu oft un-

terschätzt werden.

Darüber hinaus wurde auf die konkreten Arbeitsbedingungen auf den Baustellen geachtet, wie etwa der Zugang zu Wasser, sanitären Anlagen und die allgemeinen Arbeitsbedingungen. Mit diesem Tag bekräftigte die CSCBIE erneut ihr Engagement, den Arbeitnehmern so nah wie möglich zu sein und ihre Rechte überall vor Ort aktiv zu verteidigen.



Tag der Reinigungskräfte
19. Juni 2026

MERCI

Ihr bringt Glanz in unseren Alltag.
Lassen wir nicht zu, dass die
Arizona-Regierung eure Zukunft
beschmutzt!

**ORGANIZE
FIGHT
WIN**

CSC
Nahrung und
Dienste